

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 17/8166 –**

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 2011 (2011) vom 12. Oktober 2011 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

A. Problem

Mit dem vorliegenden Antrag beantragt die Bundesregierung die Zustimmung des Deutschen Bundestages zur Verlängerung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan, ISAF, auf der Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt der Resolution 2011 (2011) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN), für weitere zwölf Monate bis zum 31. Januar 2013, jedoch nur, solange ein Mandat des VN-Sicherheitsrates vorliegt.

Das deutsche ISAF-Kontingent soll nur noch bis zu 4 900 Soldatinnen und Soldaten mit entsprechender Ausrüstung umfassen. Der Einsatz hat unverändert zum Ziel, die afghanische Regierung bei der Gewährleistung eines sicheren Umfelds für die Arbeit der afghanischen Staatsorgane, des VN-Personals sowie der internationalen Wiederaufbauhelfer und des humanitären Zivilpersonals zu unterstützen. Die Bundesregierung ist zuversichtlich, im Zuge der Übergabe der vollständigen Sicherheitsverantwortung bis spätestens Ende 2014 die Präsenz der Bundeswehr schon zum Ende des Mandatszeitraums auf bis zu 4 400 Soldatinnen und Soldaten reduzieren zu können, soweit die Lage dies erlaubt und dadurch die eingesetzten Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses nicht gefährdet werden.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und einer Stimme aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Der Haushaltsausschuss wird gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung nehmen.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/8166 anzunehmen.

Berlin, den 18. Januar 2012

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Philipp Mißfelder
Berichterstatter

Johannes Pflug
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Dr. Frithjof Schmidt
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Philipp Mißfelder, Johannes Pflug, Wolfgang Gehrcke, Dr. Rainer Stinner und Dr. Frithjof Schmidt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/8166** in seiner 149. Sitzung am 15. Dezember 2011 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Innenausschuss, dem Rechtsausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie dem Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO-BT überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem vorliegenden Antrag beantragt die Bundesregierung die Zustimmung des Deutschen Bundestages zur Verlängerung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan, ISAF, auf der Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt der Resolution 2011 (2011) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN), für weitere zwölf Monate bis zum 31. Januar 2013, jedoch nur, solange ein Mandat des VN-Sicherheitsrates vorliegt.

Das deutsche ISAF-Kontingent soll nur noch bis zu 4 900 Soldatinnen und Soldaten mit entsprechender Ausrüstung umfassen. Der Einsatz hat unverändert zum Ziel, die afghanische Regierung bei der Gewährleistung eines sicheren Umfelds für die Arbeit der afghanischen Staatsorgane, des VN-Personals sowie der internationalen Wiederaufbauhelfer und des humanitären Zivilpersonals zu unterstützen. Die Bundesregierung ist zuversichtlich, im Zuge der Übergabe der vollständigen Sicherheitsverantwortung bis spätestens Ende 2014 die Präsenz der Bundeswehr schon zum Ende des Mandatszeitraums auf bis zu 4 400 Soldatinnen und Soldaten reduzieren zu können, soweit die Lage dies erlaubt und dadurch die eingesetzten Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses nicht gefährdet werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/8166 in seiner 63. Sitzung am 18. Januar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Zustimmung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/8166 in seiner 70. Sitzung am 18. Januar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Zustimmung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/8166 in seiner 108. Sitzung am 18. Januar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und zwei Stimmen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und einer Stimme aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Zustimmung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/8166 in seiner 52. Sitzung am 18. Januar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und einer Stimme aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Zustimmung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/8166 in seiner 51. Sitzung am 18. Januar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Zustimmung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/8166 in seiner 52. Sitzung am 18. Januar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und einer Stimme aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Haushaltsausschuss

Der Haushaltsausschuss wird gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung nehmen.

Berlin, den 18. Januar 2012

Philipp Mißfelder
Berichterstatter

Johannes Pflug
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Dr. Frithjof Schmidt
Berichterstatter